

ENERGIEPREISE

Zerstrittene Stromkonzerne

Voraussichtlich wird der mit Spannung erwartete Energiegipfel bei Bundeskanzler Gerhard Schröder erst Mitte Oktober stattfinden. Damit rechnen zumindest die großen Energieversorgungsunternehmen. Ein Grund für die Verschiebung des ursprünglich für diesen Monat geplanten Gesprächs: Kanzleramt und Bundeswirtschaftsministerium wollen offenbar abwarten, bis erste Ergebnisse der laufenden Kartellamtsuntersuchungen zu den aktuellen Strompreiserhöhungen vorliegen. Parallel dazu haben Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und Vertreter des Kanzleramts vergangene Woche versucht, die Strommanager in vertraulichen Gesprächen zu Kompromissen für das Spitzentreffen zu bewegen – bisher ohne Erfolg. Zwar hält Branchenprimus E.on am Vorschlag fest, die Strompreise bis zur Einsetzung einer Regulierungsbehörde im kommenden Jahr einzufrieren. Völlig überraschend forderte das Unternehmen dafür jedoch Gegenleistungen der Bundesregierung, etwa eine Senkung der Ökosteuer. Andere Konzerne wie RWE lehnen selbst ein Moratorium rundweg ab. Sie wollten sich lediglich verpflichten, einen Teil der Milliarden Gewinne in Stromnetze und Kraftwerke zu investieren. Auf eine Senkung der Strompreise, wie sie Clement anregte, will sich bisher keiner der großen Energieversorger einlassen.



Hochspannungstrasse



U-Boot-Taufe bei HDW in Kiel

INSOLVENZEN

Babcock droht mit Klage

Der Insolvenzverwalter des Pleite gegangenen Maschinenbaukonzerns Babcock Borsig, Helmut Schmitz, verlangt von der Kieler HDW-Werft gut eine halbe Milliarde Euro zurück. Am 8. September hat Schmitz mit Hilfe der Anwaltskanzlei Lovells eine Forderung über 524 Millionen Euro gegen die einstige Babcock-Tochter geltend gemacht. Grundlage ist ein Gutachten des Bochumer Juristen Uwe Hüffer. Der kommt zu dem Schluss, dass sich HDW beim Verkauf der 50-prozentigen Bab-

cock-Anteile an den US-Finanzinvestor OEP in unzulässiger Weise selbst bezahlt hat. Ende der neunziger Jahre hatte die Kieler Werft Darlehen in Höhe von insgesamt 524 Millionen Euro an die finanziell angeschlagene Mutter gegeben. Beim Einstieg der Amerikaner in die Werft hatte OEP die Schulden der Babcock bei der Tochter mit übernommen. HDW hatte dem zugestimmt – ein Fehler, wie Hüffer meint. Denn die Kieler hätten damit ihr Eigenkapital gefährdet, was jetzt insolvenzrechtlich die Forderung von Babcock begründet. Sollte sich HDW nicht mit dem einstigen Mutterunternehmen einigen, droht Schmitz mit einer Klage.

INFINEON

Prämie für den Ex?

Ein halbes Jahr nach dem abrupten Abgang von Ulrich Schumacher als Boss des Münchner Chipherstellers Infineon herrscht an der Konzernspitze noch immer Zwist, wie viel Geld dem Ex-Manager zusteht. Aufsichtsräte kritisieren, dass es dem Chef des 16-köpfigen Kontrollgremiums, Max Dietrich Kley, bislang nicht gelang, sich mit Schumacher vor allem über dessen variable Vergütung zu einigen. Kley hatte seinem Ex-Schützling noch Ende 2002 einen neuen Fünf-Jahres-Vertrag ausgestellt, der neben einem Festgehalt von rund 600 000 Euro hohe erfolgs-



Schumacher

abhängige Bonuszahlungen vorsieht. Im Protokoll der entscheidenden Aufsichtsratsitzung am 25. März 2004 wurde zunächst vermerkt, dass Schumacher, der damals auf Druck Kleys um Entbindung von seinen Vorstandspflichten bat, sein Gehalt bis 2007 erhalten soll. Der Passus musste später jedoch geändert werden, weil die Arbeitnehmerseite protestierte. Wie Mitglieder des Gremiums berichten, droht der Konflikt nun zu eskalieren.

Nach ihrer Darstellung besteht Schumacher auf seinem Fixgehalt und zumindest einem Teil der Prämien, auch wenn er auf den Geschäftserfolg keinen Einfluss hat. Einige Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat möchten die Überweisungen an den Ex-Chef dagegen komplett stoppen.

HARTZ IV

Antrag macht Arbeit

Schon jetzt schafft die Arbeitsmarkt-reform Hartz IV neue Jobs – allerdings nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM): Die Jobagenturen in Ostdeutschland haben 1522 Arbeitslose als „Ausfüllhilfen“ für die Antragsteller des Arbeitslosengelds II engagiert, der Beratungsbedarf ist offenbar groß. Die Renaissance von ABM, die vor allem in Ostdeutschland zu beobachten ist, geht somit auch auf Hartz IV zurück. Dort wuchs die Zahl der ABM von Juli auf August erneut um 4500 auf rund 69 000. Bitter für die „Ausfüllhilfen“: Wenn ihre Verträge gegen Ende des Jahres auslaufen, müssen die meisten selbst einen Antrag auf Arbeitslosengeld II abgeben.